

**TOP 1 Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Hauptsatzung**  
**b) weitere Anpassungen**

**Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat berät und beschließt nachfolgende Änderungen der Hauptsatzung.

**Sachvortrag:**

Im Zuge der Änderung der Hauptsatzung in Bezug auf die unechte Teilortswahl empfiehlt die Verwaltung, weitere Anpassungen vorzunehmen:

- Regelung zum Auswahlverfahren bei der Ernennung / Einstellung von Gemeindebediensteten (Zuständigkeit Gemeinderat)
- Anpassung der Zuständigkeiten des Verwaltungsausschusses und Bürgermeisters für die personalrechtlichen Entscheidungen von Beschäftigten und Beamten
- Anpassung der Zuständigkeitswertgrenzen beschließender Ausschüsse und Bürgermeister

Die Erfahrung bei dem Auswahlprozess für die Einstellung von leitenden Beschäftigten hat gezeigt, dass dieser aufgrund der Vorauswahl und Empfehlungsbeschlussfassung durch den Verwaltungsausschuss sowie feste Sitzungstermine der Gremien zu lange dauert und damit für die Personalgewinnung ineffektiv ist. Im Rahmen der Stellenbesetzung des FBL II wurde die Verwaltung vom Gremium beauftragt, die Anpassung vorzunehmen. Damit soll die vom GR zu treffende Entscheidung schneller herbeigeführt werden.

Die Zuständigkeitsanpassung des Verwaltungsausschusses und des Bürgermeisters für die Personalentscheidungen resultiert aus der zum 01.12.2022 in Kraft getretenen Eingangsämteranhebung durch das BVAnp-ÄG 2022.

Zur schnelleren Beschlussfassung in den Gremien und damit der Effektivitätssteigerung der Verwaltungsarbeit sowie aufgrund der aktuellen finanziellen Entwicklung (inflationsbedingter Kaufkraftverlust von 2016 bis 2022: 15% mit steigender Tendenz) wird die Anpassung der Zuständigkeitswertgrenzen beschließender Ausschüsse und des Bürgermeisters vorgeschlagen.

Der Verwaltungsausschuss hat die Änderungsvorschläge in der Sitzung am 22.05.2023 beraten und dem Gemeinderat einstimmig zur Zustimmung empfohlen.

Die vorgeschlagenen Änderungen sind im folgenden Auszug der Hauptsatzung rot dargestellt.

## § 5

### Allgemeine Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse

(3) Die beschließenden Ausschüsse sind innerhalb ihres Geschäftskreises zuständig für:

- 3.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 15.000 € aber nicht mehr als 50.000 € beträgt,
- 3.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 5.000 € aber nicht mehr als 15.000 € im Einzelfall.

## § 6

### Beziehungen zwischen Gemeinderat und beschließenden Ausschüssen

(3) Angelegenheiten, deren Entscheidung dem Gemeinderat vorbehalten ist, sollen dem zuständigen beschließenden Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden. Zur Beschleunigung des Auswahlverfahrens im Rahmen der Ernennung / Einstellung von Gemeindebediensteten wird auf die Bewerbervorauswahl und Empfehlungsbeschlussfassung des Verwaltungsausschusses verzichtet.

## § 7

### Verwaltungsausschuss

(2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Verwaltungsausschuss über:

- 2.1 die Ernennung, Anstellung und Entlassung der Beamten von Besoldungsgruppe A 8 bis einschl. A 10; Einstellung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten der Entgeltgruppe 7 bis einschließlich Entgeltgruppe 9 TVÖD jeweils im Rahmen des Stellenplans.
- 2.2 die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigebigkeitsleistungen von mehr als 5.000 € aber nicht mehr als 10.000 € im Einzelfall,
- 2.3 die Stundung von Forderungen,
  - 2.3.2 von mehr als 6 Monaten und von mehr als 7.500 € bis zu einem Höchstbetrag von 80.000 €,
- 2.4 den Verzicht auf Ansprüche der Stadt oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Stadt im Einzelfall mehr als 4.000 € aber nicht mehr als 20.000 € beträgt,

- 2.5 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert von mehr als 10.000 € aber nicht mehr als 50.000 € im Einzelfall,
- 2.6 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bei einem jährlichen Mietwert oder Pachtwert von mehr als 5.000 € aber nicht mehr als 20.000 € im Einzelfall, bei der Vermietung städtischer Wohnungen in unbeschränkter Höhe,
- 2.7 die Veräußerung von beweglichem Vermögen von mehr als 20.000 € aber nicht mehr als 50.000 € im Einzelfall.

## § 8

### Technischer Ausschuss

(1) Der Geschäftskreis des Technischen Ausschusses umfasst die überwiegenden Aufgaben des Bauamtes sowie des Bauhofes folgende Aufgabengebiete:

- 2.7 die Genehmigung von Plänen für gemeindliche Bauvorhaben, deren voraussichtlicher Aufwand im Hochbau 50.000 € und im Tiefbau 100.000 € nicht übersteigt.

## IV. Bürgermeister

## § 11

### Zuständigkeiten

(2) Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:

- 2.1 die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 15.000 € im Einzelfall; jedoch in unbeschränkter Höhe soweit es sich um regelmäßig wiederkehrende Geschäfte oder um gesetzlich oder vertraglich geregelte Angelegenheiten handelt; ausgenommen bleibt der Abschluss von Verträgen, deren Verpflichtung sich über die Mittel des laufenden Jahres hinaus erstrecken;
- 2.2 die zur Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und Verwendung von Deckungsreserven bis zu 5.000 € im Einzelfall;
- 2.3 die Ernennung, Anstellung und Entlassung der Beamten von Besoldungsgruppe bis einschl. A 7; Einstellung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten bis einschl. der Entgeltgruppe 6 TVÖD jeweils im Rahmen des Stellenplans. Einstellung von Dienstanfängern und Beamtenanwärtern sowie Einstellung und Entlassung von Auszubildenden; Einstellung und Entlassung sowie Festlegung der Vergütung bzw. Entlohnung von Aushilfsangestellten und –arbeitern.
- 2.5 die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigebigkeitsleistungen bis zu 5.000 € im Einzelfall;



- 2.6 die Stundung von Forderungen im Einzelfall
- 2.6.1 bis zu 2 Monaten in unbeschränkter Höhe,
- 2.6.2 bis zu 6 Monaten und bis zu einem Höchstbetrag von 7.500 €;
- 2.7 den Verzicht auf Ansprüche der Stadt und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Stadt im Einzelfall nicht mehr als 4.000 € beträgt;
- 2.8 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten, im Wert bis zu 10.000 € im Einzelfall;
- 2.9 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 5.000 € im Einzelfall;
- 2.10 die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 20.000 € im Einzelfall;
- 2.17 die Niederschlagung und den Erlass von Forderungen im Einzelfall bis zu 4.000 €

### Finanzierung:

Der Beschluss ist nicht haushaltswirksam.

Sichtvermerk Kämmerer: \_\_\_\_\_

06.07.2023

Datum

Sachbearbeiter

Friesen

FB-Leiterin

  
Bürgermeister